

Die SPD-Gemeinderatsfraktion und der SPD-Ortsverein gratulieren Herrn Tobias Rief zu seiner Wahl zum Bürgermeister von Sontheim/Brenz

Bei der Sontheimer Bürgermeisterwahl am 20. März 2022 erhielt der 39jährige Diplom-Betriebswirt Tobias Rief aus Herbrechtingen-Bolheim von den Wählerinnen und Wählern unserer Gemeinde bereits im 1. Wahlgang die erforderliche absolute Mehrheit. Sein Sieg fiel mit über 63% aller gültigen Stimmen überraschend deutlich aus.

Wir gratulieren Herrn Tobias Rief zu seinem Wahlsieg und wünschen ihm für sein verantwortungsvolles, nicht leichtes Amt eine glückliche Hand, viel Kraft und Ideen, Ausdauer und Erfolg. Wir sind zuversichtlich, dass unsere Gemeinde mit Tobias Rief eine positive Entwicklung nimmt und dass er in guter Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat unsere drei Ortsteile Sontheim, Brenz und Bergenweiler zum Wohle aller Einwohner vorwärtsbringt.

Wir danken auch Simon Hörger für seinen Mut zur Kandidatur, denn damit gab es für unsere Wählerinnen und Wähler eine echte Chance für eine demokratische Auswahl.

Erwin Resch
Ortsvereinsvorsitzender

Reiner Lindenmayer
Fraktionsvorsitzender



Ergebnis der Bürgermeisterwahl vom 20. März 2022

Von 4.506 Wahlberechtigten haben 2.534 gewählt. Das entspricht einer Wahlbeteiligung von 56,24%.

Tobias Rief erhielt	1.593 Stimmen	63,39%.
Simon Hörger bekam	769 Stimmen	30,60%.
Anna Bader erhielt	21 Stimmen	0,84%.
Auf Sonstige entfielen	130 Stimmen	5,17%.

21 Stimmen waren ungültig.

Glücklich über seine Wahl zum Bürgermeister: Der zum neuen Bürgermeister gewählte Tobias Rief mit seiner Lebensgefährtin Maren Stegmaier am Abend nach der Wahl. (Foto: W. Mähler)

Atomare Erblast bleibt uns noch lange erhalten

Zum Jahresende 2021 wurde auch der letzte Block des Atomkraftwerks Gundremmingen in unserer bayerischen Nachbarschaft abgeschaltet. Die Menschen in unserer Gemeinde müssen somit keine Befürchtungen mehr wegen etwaiger Stör- oder Unfälle beim Betrieb des Kraftwerks haben.

Dennoch wird es auch zukünftig noch Probleme geben, die mit dem AKW zu tun haben. Zum einen wird es noch Jahre dauern, bis das riesige Kraftwerk mit seinen zwei 160 m hohen Kühltürmen zurück- oder abgebaut sein wird und die anfallende große Menge strahlender Materialien sicher entsorgt werden kann. Zum andern steht im Gelände des AKW bekanntlich eine große Halle, in der so genannte Castoren mit den gefährlichen, hoch radioaktiven Abfällen vorläufig oberirdisch lagern. Dieses „Zwischenlager“ wird uns jedoch noch mindestens bis zum Jahr 2050 als problematisches Erbe des Kraftwerks erhalten bleiben, denn ein unterirdisches Endlager für die kommenden Jahrtausende ist leider noch immer nicht in Sichtweite. **Die Errichtung einer solchen Anlage wird nicht einfach werden und außerdem viele Milliarden Euro kosten.** Zudem wird die Suche nach einem geeigneten Standort schwierig werden, weil keine Region ein solches Endlager haben will. So hat beispielsweise die bayerische CSU schnell betont, dass Bayern für ein Endlager nicht in Frage komme – obwohl gerade dieses Bundesland am meisten Atomstrom und somit auch die meisten radioaktiven Abfälle produziert hat.

Wir können einstweilen nur hoffen, dass das jetzige Zwischenlager in Gundremmingen absolut dicht bleibt und dass es niemals zum Ziel eines militärischen oder terroristischen Angriffs wird.



Lieber Brief–„Freund“,

Sie haben mir nun schon zum zweiten Mal ein anonymes Schreiben zukommen lassen. Über Ihre Ansichten ließe sich gut diskutieren. Da Sie aber nicht bereit sind, mit Ihrem Namen für Ihre Überzeugungen einzustehen, werde ich nicht darauf eingehen.

Wenn Sie jedoch meinen, Ihre Anonymität könne man mit dem „Osiander“ im „andre Blättle“ vergleichen, so sind Sie im Irrtum. Auch in anderen Zeitungen gibt es derartige Glossen, und in jedem Fall findet man einen namentlich genannten verantwortlichen Redakteur, an den man sich wenden kann, wenn man Gesprächsbedarf hat. Außerdem gibt es die Möglichkeit, einen Leserbrief zu schreiben. Allerdings braucht es hierfür den Mut, seine Meinung öffentlich zu äußern.

Margarete Mähler

Liabe Sodamer, Brenzer ond Berger Mitbürgerenna ond Mitbürger,

hant mir a Glück ghet, dass dui B 492 fertig gwea isch, bevor dr Sprit ogeahnte Höha erreicht hat. Soscht wärat os doch dia Omleitonga no viel duirer komma.

Aber wo mir grad beim Daira send: Ob's entlang deaner Straoß über de ganz Strecke Leitplanka braucht hätt, fraogt ma sich scho. Zumal dia et bloß praktisch send. Dao hat's scho Ofäll geba, dia gar et passiert wärat, wenn a Auto en dr Wies glandat wär, statt an ra Leitplank.



Ond d'Fuaßgänger miassat über dia Denger drieresteiga, so hat's dr Osiander scho beobachtet, wenn se auf de ander Seit wöllat. Ma hat nemlich et dra denkt, dass vielleicht ao Wanderer onterweags send, dia dui Straoß überquera möchtat.

Drfür hat ma an d'Fröschla ond Kröta denkt, ond des fendat dr Osiander guat. Dia könnat jetzt bequem zu ihre Laichplätz en deane moorige Wiesa fenda. Dass mir dia Frösch hant, isch auf jeda Fall wichtig. Denn soscht wär's mit osre Störch, über dia mir os so freuat, bald rom. Ond was dät des bedeuta?

Ja, genau: Ohne Frösch koine Störch, ond ohne Störch koine kloine Kenderla meah! Vielleicht isch ja an deaner alta Mär doch was dra?

Des fraogt sich manchmaol et ganz ernsthaft dr Osiander.

Schier et glauba könna hat übrigens dr Osiander, dass dia Sodamer, Brenzer ond Berger bei dr Bürgermoischerwahl am 20. März zom earschta Maol an Sozialdemokrata zom nuia Schultes gwählt hant. Der gebürtige Stuagerter Tobias Rief hat drbei sogar mit über 63% a deutliche Mehrhoit erhalta. Dass der als Chef em Raothaus drfür sorgt, dass dao zukünftig alle an oim Strang ziahat ond dass er ao em Gmoidraot de nötig Onderstützong fendat, hofft em Entresse von osrer Gmoid dr alt

Von Gemeinderat Dominic Weiss

Sitzung vom 14.12.2021

Um die Innensanierung der Schule zu vollenden, ist noch die barrierefreie Erschließung der einzelnen Etagen zu realisieren. Hierzu sollen zusätzlich zur vorgesehenen Aufzugsanlage kostengünstigere Ausführungsalternativen überprüft werden. Für den Neubau des Feuerwehrhauses mit Rettungswache wurde die Genehmigungsplanung an das Architekturbüro Maslowski aus Senden vergeben. Nach Rücksprache mit den Förderstellen kann die Hürbebrücke nun statt 4 m doch nur 3 m breit gebaut werden, ohne die Förderung zu verlieren.

Kurz und knapp



aus dem Gemeinderat

Sitzung vom 25.1.2022

Die Modalitäten für die öffentliche Bewerbungsvorstellung im Rahmen der Bürgermeisterwahl wurden festgelegt. Um weitere zeitliche Verzögerungen zu vermeiden, lehnte der Gemeinderat einen Vorschlag der Verwaltung ab, den geplanten Naturkindergarten am Sportplatz in Holzständerbauweise zu errichten. Um Nachteile beim Bezugstermin und bei der Personalgewinnung zu vermeiden, bleibt es bei der Modulbauweise.

Sitzung vom 22.2.2022

Die Modalitäten für das Sanierungsgebiet „Südliche Hauptstraße“ wurden festgelegt. Da das Regenüberlaufbecken 286 am Krautgartenweg stark sanierungsbedürftig ist und teilweise zu starken Geruchsbelästigungen führt, wurde die Planung für die Sanierungsmaßnahme an das Ingenieurbüro B&P aus Ellwangen vergeben. Der nochmaligen Verlängerung der Vereinbarung mit der DB ZugBus Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH (RAB) zur Schülerbeförderung zwischen Sontheim und Niederstotzingen wurde zugestimmt.

Sitzung vom 17.3.2022

Bürgermeister Matthias Kraut brachte den Haushalt für das Haushaltsjahr 2022 im Rahmen einer Haushaltsrede ein. Der Gemeinderat beschloss, die coronabedingte Vereinsförderung für das Jahr 2021 fortzusetzen. Die Gemeinde fördert die Vereine/Organisationen entsprechend ihrer Gesamtmitgliederzahl einmalig und nachträglich für das Jahr 2021 mit einem Betrag in Höhe von 3 € pro Mitglied. Dem Abschluss des vorgelegten Kindergartenvertrages für den Naturkindergarten wurde zugestimmt.

Sitzung vom 29.3.2022

Nach dem Abschluss der Sanierung der B 492 wurde ein Rückbau des Sachsenhauser Wegs auf eine Fahrbahnbreite von 4,00 m (plus je Seite 0,50 m Bankett) beschlossen. Nach einer vorangegangenen Begehung durch Mitglieder der Verwaltung und des Gemeinderates wurde eine Abänderung der Fahrbahnbreite auf 4,80 m beschlossen. Jürgen Mäck, Jonas Pürckhauer und Bernd Moser wurden für eine Amtszeit von 4 Jahren als weitere Mitglieder im Aufsichtsrat der Netzgesellschaft Sontheim GmbH und Co. KG benannt.



**sich einbringen
Zukunft gestalten
mitentscheiden
Verantwortung tragen**

SCAN ME



**Jetzt Mitglied werden
oder unverbindlich
schnuppern!
Wir freuen uns auf Dich!**

Reiner Lindenmayer, Fraktionsvorsitzender, Tel. 4960
reiner.lindenmayer@spd-sontheim-brenz.de
Erwin Resch, Ortsvereinsvorsitzender, Tel. 8133
oder im Internet unter www.spd-sontheim-brenz.de



Liebe Sontheimerinnen und Sontheimer,



seit der letzten Ausgabe des Sontheimer Blättles hat sich viel verändert. Erst einmal hat Sontheim einen neuen Bürgermeister.

Herzlichen Glückwunsch an Tobias Rief!

Ich wünsche ihm ein gutes Händchen bei allen Entscheidungen, viel Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger und die Portion Glück, die es ja neben allem Fleiß und Können immer für den Erfolg braucht.

Doch was in der Welt los ist, das hält uns in Atem. Die Corona-Pandemie und der Klimawandel sind schon bisher große Herausforderungen. Mit Putins Angriffskrieg auf die Ukraine hat sich unsere Welt verändert. Krieg in Europa? Damit hatte ich, damit hatten wir alle doch nicht gerechnet. Selten musste eine Regierung so viele Probleme gleichzeitig bewältigen und einschneidende Entscheidungen treffen. Es ist großartig, wie die vor Krieg, Tod und Leid Flüchtenden hier aufgenommen werden. Unser aller Dank gilt den vielen Menschen, die bei uns, ob beruflich oder privat engagiert, hier organisieren und helfen. Wir alle spüren, wie sich der Krieg auf die Lebenshaltungskosten auswirkt. Deshalb hat die Ampel-Koalition konkrete Entlastungsmaßnahmen beschlossen. Klar ist jedoch auch: Weitere Maßnahmen werden folgen, wenn es notwendig wird.

Im Nachfolgenden finden Sie eine Liste der bisherigen Beschlüsse im Überblick.

Bereits von der Bundesregierung beschlossen wurden umfangreiche Maßnahmen aus dem ersten Entlastungspaket. Dazu zählt das Steuerentlastungsgesetz 2022, das am 16. März 2022 vom Kabinett auf den Weg gebracht wurde. Damit gilt rückwirkend zum 1. Januar 2022:

- > Der Arbeitnehmerpauschbetrag steigt um 200 Euro auf 1.200 Euro.
- > Der Grundfreibetrag steigt um 363 Euro auf 10.347 Euro.
- > Die Entfernungspauschale für Fernpendler (ab dem 21. km) sowie die Mobilitätsprämie steigen auf 38 Cent.

Das jüngste zweite Entlastungspaket vom 23.03.2022:

- > Energiesteuer auf Kraftstoffe soll für drei Monate gesenkt werden. Der Benzinpreis sinkt damit um 30 Cent je Liter, Diesel um 14 Cent je Liter.
- > Einmalige Energiepauschale in Höhe von 300 Euro.
- > Vergünstigte Tickets für den ÖPNV.
- > Zusätzliche Einmalzahlung für Familien von 100 Euro pro Kind.
- > Weitere Einmalzahlungen für Empfänger von Sozialleistungen.

Weitere steuerliche Entlastungen werden mit dem Vierten Corona-Steuerhilfegesetz umgesetzt, auf das sich das Kabinett am 16. Februar 2022 verständigt hatte:

- > Erweiterte Verlustverrechnung.
- > Verlängerung der degressiven Abschreibung um ein Jahr.
- > Verlängerung der Home-Office-Pauschale.
- > Steuerfreie Zuschüsse zum Kurzarbeitergeld.
- > Steuerfreiheit für Corona-Pflegebonus bis zu 3.000 Euro.
- > Verlängerung der Abgabefrist für Steuererklärungen 2020, 2021 und 2022.

Zur Entlastung von Verbraucherinnen und Verbrauchern bei den Stromkosten entfällt zum 1. Juli 2022 die EEG-Umlage. Die sich daraus ergebende Entlastung von insgesamt rund 6,6 Mrd. Euro sollen Stromanbieter in vollem Umfang an ihre Endverbraucher weitergeben.

Weitere Maßnahmen zur sozialen Unterstützung von Bürgerinnen und Bürgern:

- > 100 Euro Coronazuschuss für Beziehende von Arbeitslosengeld II oder Grundsicherung.
- > 20 Euro pro Monat Sofortzuschlag für von Armut betroffene Kinder.
- > Einmaliger Heizkostenzuschuss: 270 Euro für Beziehende von Wohngeld (bei Haushalt mit zwei Personen: 350 Euro, pro weiterem Familienmitglied 70 Euro).
- > 230 Euro für Azubis und Studierende im Bafög-Bezug.

Was hat die Ampel in den ersten 100 Tagen noch auf den Weg gebracht?

Entlastungen für Familien

Die hohen Energiepreise treffen insbesondere sozial benachteiligte Familien. Oft haben sie es schwer, finanziell über die Runden zu kommen. Um Kinderarmut effektiv zu bekämpfen, werden wir deshalb eine Kindergrundsicherung einführen. Bis diese umgesetzt ist, erhalten Kinder aus ärmeren Familien einen Sofortzuschlag in Höhe von 20 Euro monatlich.

Sondervermögen für eine gut ausgestattete Bundeswehr

Das Sondervermögen für die Bundeswehr schafft Raum für notwendige Investitionen in die Fähigkeiten für Sicherheit und Verteidigung und für eine bestmögliche Ausrüstung der Soldatinnen und Soldaten. Wir sichern damit die Zukunft unserer Bündnis- und Landesverteidigung. Zugleich lagern wir das Sondervermögen aus und greifen den Kernhaushalt nicht an, sodass weiter ausreichende Mittel für die innere und soziale Sicherheit zur Verfügung stehen. Bei den für uns als SPD wichtigen Themen wie der Kindergrundsicherung, der Stabilisierung der Renten und den notwendigen Zukunftsinvestitionen – die Menschen in unserem Land können sich darauf verlassen, dass die Investitionen im Verteidigungsbereich keine notwendigen und bereits vereinbarten Ausgaben im restlichen Haushalt gefährden.

Investieren in Klimaschutz und Transformation
 Der Krieg in der Ukraine bestärkt uns in unseren Zielen. Ein Ziel der Ampel ist, die ökologische Transformation voranzutreiben und Deutschland auf den 1,5-Grad-Pfad von Paris zu bringen. Im Koalitionsvertrag haben wir uns deshalb auf ambitionierte Ziele verständigt – und die Ampelkoalition hat bereits wichtige Maßnahmen auf den Weg gebracht. Wir machen unseren Stromsektor bis 2035 treibhausgasneutral und beschleunigen den Ausbau der erneuerbaren Energien. Hierzu vereinfachen wir das Planungs- und Genehmigungsrecht und erhöhen die Ausschreibungsmengen für Wind-an-Land, Wind-auf-See und Solarenergie.

Wir sorgen für gute Arbeit

Jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer verdient Respekt für das, was sie leisten. Der gesetzliche Mindestlohn wird daher noch in diesem Jahr auf 12 Euro pro Stunde steigen. Wir wollen Hartz IV hinter uns lassen. Deshalb verlängern wir bis zur Einführung des Bürgergelds den vereinfachten Zugang zur Grundsicherung und setzen die Sanktionen für Arbeitsuchende bis zum Jahresende aus. Das Kurzarbeitergeld hat sich in der Krise bewährt und Millionen Arbeitsplätze gerettet. Da einige Branchen noch

immer durch die Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus` betroffen sind, verlängern wir das Kurzarbeitergeld bis zum Sommer. Es gelten weiterhin die höheren Sätze. Die Anerkennung für die Arbeit der Beschäftigten im Gesundheitswesen – vor allem während der Corona-Pandemie – muss sich auch im Geldbeutel bemerkbar machen. Daher hat sich die SPD dafür stark gemacht, einen Pflegebonus für Pflegekräfte in den Krankenhäusern und anderen Einrichtungen einzuführen. Vulnerable und ältere Menschen müssen vor dem Corona-Virus geschützt werden, da das Risiko für sie für einen schweren Verlauf sehr hoch ist. Aus diesem Grund haben wir das Infektionsschutzgesetz überarbeitet und eine Impfpflicht für Mitarbeitende in Einrichtungen wie Krankenhäusern oder Pflegeeinrichtungen eingeführt. So kann das Ansteckungsrisiko gesenkt und die Impflücke ein Stück weit geschlossen werden. Künftig wird auch am Arbeitsplatz ein Corona-Basischutz notwendig sein. Dazu gehören laufend angepasste Hygienekonzepte mit Maßnahmen wie Abstand halten, Masken tragen und regelmäßiges Lüften. Während ich dies schreibe, wird in Berlin um eine allgemeine Impfpflicht für Erwachsene gerungen. Ich hoffe, sie gelingt. Ich glaube nicht, dass wir das Virus ohne die Impfpflicht in den Griff bekommen.



Von Gemeinderat Jürgen Mäck

Vor 50 Jahren kam Bergenweiler zu Sontheim



Ein halbes Jahrhundert ist es nun mittlerweile schon her, als die große Verwaltungsreform von den Gemeinden größere Einheiten forderte. Bergenweiler und etwas später auch Brenz wurden damals zu Ortsteilen der Gemeinde Sontheim. Die Bergenweiler Bürger haben sich bei einer Abstimmung mehrheitlich mit über 63% dafür entschieden, sich ab März 1972 Sontheim anzuschließen.

Rückwirkend betrachtet war diese Reform richtig und wesentlich zukunftsentscheidend. Alleine – so denke ich – hätte sich Bergenweiler mit den vielfältigen Aufgaben und Projekten sicherlich schwergetan. Große anstehende Projekte, wie z.B. der Bau des Kindergartens oder die Sanierung der Dorfstraße, stemmt nicht einmal die Gesamtgemeinde so einfach. Folgende Projekte haben wir allein in den letzten 10 Jahren in Bergenweiler umgesetzt:

- > Sanierung der Dorfstraße
- > Regenklärbecken I (Brückenstraße)
- > Lernort Wasser an der Brenz
- > Abwasser-Druckleitung nach Sontheim
- > Anschluss ans Glasfasernetz
- > Erschließung des Neubaugebiets Watzelsdorfer Straße
- > Aufbau aktive Glasfasertechnik
- > Brückenneubau Brückenstraße (Landkreis)
- > Sanierung Flüchtlingsheim Burgberger Straße

Folgende Projekte werden oder sollten in Bergenweiler zeitnah umgesetzt werden:

- > Regenklärbecken II an der ehemaligen Kläranlage
- > Hochwasserschutz Brunnenwiese
- > Erschließung Baugebiet Watzelsdorfer Straße III
- > Weiterer Ausbau der Glasfasertechnik



Lernort Wasser in Bergenweiler.

Foto: G. Neumann

Wenn ich noch einen kleinen Ausblick für die nächsten Jahre wagen darf, denke ich, dass eine neue Verwaltungsreform sicherlich auch wieder gute Dinge mit sich bringen könnte. Größere Einheiten sind in vielen Bereichen einfach schlagkräftiger. Man müsste dabei ja nicht seine Eigenständigkeit aufgeben, aber es gibt viele Bereiche, in denen eine Zusammenarbeit mit Partnern sehr sinnvoll wäre.

Auch wenn manche Wünsche aus finanziellen Gründen nicht oder nicht gleich erfüllt werden können, möchte ich jedoch betonen, dass ich zusammen mit der SPD-Fraktion im Gemeinderat und dem SPD-Ortsverein die Belange Bergenweilers und seiner Einwohner auch zukünftig engagiert vertreten werde.

„Ein Grüner als Schwarz-Arbeiter in Bund und Land“



Am 20. März war unsere Bundesregierung 100 Tage im Amt. Schnell hat man gemerkt, dass unter der Führung von Bundeskanzler Olaf Scholz ein neuer Wind weht. Es war nur eine Frage der Zeit, dass auch ein neuer Gegenwind aufkam. In der Rolle als Oppositionsführer versucht die CDU nun, an die Regierungsjahre vor der Großen Koalition anzuknüpfen.

Mit Friedrich Merz haben sie für diese Zeitreise genau den Richtigen gefunden. Als Vertreter aus der Vorzeit positioniert er sich nicht nur gegen die Fortschrittsampel aus SPD, Grünen und FDP, sondern will am liebsten auch die Ära Merkel, in der sich die Christdemokratie in einigen Bereichen doch modernisiert und vom allerschlimmsten Staub ihrer Altvorderen befreit hat, ungeschehen machen. Als Erzkonservativem steht ihm das durchaus zu.

Viel mehr verwundert mich jedoch, dass auch unser grüner Ministerpräsident der politischen Aktualität hinterherhinkt. Eine fortschrittliche Ampelregierung für Baden-Württemberg hat Winfried Kretschmann vor bald einem Jahr nahezu mit Gewalt verhindert. Was hätten wir andernfalls jetzt nicht alles gemeinsam für unser Land erreichen und welche wichtigen Weichen für die Zukunft

stellen können? Doch nun ist Kretschmann im Dilemma mit der CDU: im Land als Partner, im Bund als Gegner. Diese Situation scheint ihm zu schaffen zu machen, denn er kommt aus seiner Schmollecke gar nicht mehr heraus. Als die Grünen in Berlin noch in der Opposition waren, gab sich Kretschmann nicht halb so oppositionell wie jetzt, wo seine Partei in der Regierung ist. Wie schlimm die Ampel ist, steckt man ihm vielleicht im Club der CDU-geführten Länder im Bundesrat, dem er ja immer noch angehört. Oder ist das bei Winfried Kretschmann gar nicht nötig, der ja immer Wert darauf gelegt hat, ein Öko-Konservativer zu sein? Doch langsam erreicht sein Spagat zwischen Parteibuch und persönlichen Vorlieben fast schon absurde Ausmaße. Es ist wirklich fraglich, wieviel Schwarz-Arbeit die Grünen im Land an ihrer Spitze und in ihren Reihen noch zulassen.



Leserbrief von Dr. med. Hermann Lahmeyer

Zum Zwist zwischen Osiander und dem Bauernverband

Das Zusammenleben von Bürgern und Bauern ist schwierig und in den letzten 60 Jahren konfliktreicher geworden: Der Bürger schimpft auf den Bauer, über die Art und Weise, wie er seine Landwirtschaft betreibt: Immer mehr Chemie, immer mehr Maschineneinsatz und immer noch größere Ställe. Der Bauer dagegen – auf dem hohen „Ross „sitzend – dem hohen und immer bedrohlich wirkenden Traktor – schaut herab auf den ach so gescheiterten, dahinspazierenden und verwöhnten Bürger.

Keiner arbeitet am Sonntag gern, auch nicht der Landwirt, aber die Verhältnisse zwingen ihn dazu. In einer Zeit, in der sonntags die Ökonomie, die Erwartungen an die Dienstleister, die Vergnügungsindustrie und das Profitmachen nicht ruhen, und in der Religion und Demut vor der Natur nicht mehr unser Verhalten prägen, laufen Prediger wider die Sonntagsarbeit Gefahr, den Zorn der Angesprochenen auf sich zu ziehen. Der Bauernstand, der vor 70 Jahren den Auftrag bekam, für möglichst billiges Geld Deutschland zu ernähren, sieht sich heute als Buhmann und Opfer einer verfehlten Landwirtschaftspolitik – zu Recht!

Aber an dieser Misere sind weder die SPD noch sozialistische Ideologien schuld. Zu über 90 % wurde die Landwirtschaftspolitik von der CDU und den mit ihr verbandelten Bauernfunktionären verantwortet. In diesem unglücklichen Bündnis wider „die Roten“ sehe ich das Haupthindernis dafür, dass frühzeitige

Warnungen und Aufrufe zur Kursänderung nicht aufgenommen wurden. Die Überschussproduktion für den Weltmarkt mit Hilfe von importierten Futtermitteln machte weder den deutschen Bauer glücklich, noch verbesserte sie die Ernährungssituation in den armen Ländern, sondern nutzte vor allem den mächtigen Handelskonzernen.

Der Weg aus der Sackgasse heraus ist schwierig und wird nicht ohne weitere Opfer vorstattgehen. Eine Umorientierung hat inzwischen eingesetzt: Die Einsicht, dass Lebensmittel vor allem für den anspruchsvollen heimischen Markt produziert werden sollten, und vor allem im Konsens mit den Vorstellungen der Allgemeinbevölkerung, wie mit Land, Grundwasser und Vieh umgegangen werden sollte, denn schließlich ist es ja sie, die für die Subventionen aufkommen muss.

Von daher hege ich die Hoffnung, dass vom Bauernstand nicht gleich wieder gegen den neuen Landwirtschaftsminister geschossen wird, so wie ehemals gegen die erste rot-grüne Regierung, als er – wider das 8. Gebot – den Bürgern auf großen Plakaten weismachen wollte, diese Rot-Grünen wären schuld am Höfesterben. Die Konsequenzen sind klar: Die Preise für Lebensmittel werden steigen, aber gleichzeitig müssen auch die Einkommen im Niedriglohnsektor und die Hartz-4-Sätze angehoben werden, um den sozialen Frieden zu garantieren.

„Unsere Solidarität darf nicht vor unseren Geldbeuteln haltmachen!“

Noch sind wir aus der Corona-Pandemie nicht raus und – auch wenn dies vor Kurzem keiner für möglich gehalten hätte – in eine neue, noch weitaus schlimmere Krise hineingeraten: **Wir haben Krieg in Europa!**

Es fallen Bomben und Menschen schießen aufeinander. Familien werden auseinandergerissen, Frauen und Kinder müssen fliehen und ihre Männer und Väter kämpfen an der Front. Dieses Leid ist unvorstellbar. Der unsinnige und schreckliche Krieg Putins gegen die Ukraine markiert eine Zeitenwende, die eine veränderte Politik erfordert. Hier setze ich mein volles Vertrauen in das umsichtige, aber entschlossene Handeln unseres Bundeskanzlers Olaf Scholz und seiner Regierung.

Die Menschen in der Ukraine brauchen jetzt unsere uneingeschränkte Solidarität. Die beeindruckende Hilfsbereitschaft unserer Bevölkerung macht mir Mut und Zuversicht. Trotz der letzten beiden schwierigen Jahre unter Corona haben wir unser Mitgefühl und unsere Menschlichkeit nicht verloren. Ich hoffe und

wünsche mir, dass wir diese Solidarität aufrechterhalten können – auch wenn der Krieg und die Sanktionen gegen Russland schwerwiegende Folgen für unsere Wirtschaft, unsere Städte und Gemeinden und auch für unseren eigenen Geldbeutel bringen. Wir müssen alles tun, damit diese Hilfsbereitschaft nicht umschlägt in Überdruß, wie wir es vor einigen Jahren bei der großen Flüchtlingswelle leider vielfach erfahren mussten. Es ist wichtig, dass wir den Menschen, die aus der Ukraine zu uns kommen, eine sichere Zuflucht geben, sie angemessen versorgen und den Kindern und Jugendlichen Zugang zu Kitas und Schulen ermöglichen. Das wird sicher keine leichte Aufgabe, aber wenn jeder das in seinem Rahmen Mögliche beiträgt, dann kann uns das gelingen. Die SPD wird sich im Land und im Bund hier für eine breite Unterstützung stark machen.

(Ausführlicher schreibe ich zu diesem Thema in meinem Blog „Zeit zu handeln“ auf meiner Homepage unter: <https://www.andreas-stoch.de/zeit-zu-handeln/>)



Anfang April waren rund 25% der Ukraine von russischen Truppen besetzt.

(Quelle: Viewsridge, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=115506141>)



Marktaktion zugunsten der Ukraine-Hilfe

Spontan entschied die Vorstandschaft des SPD-Ortsvereins, in diesem Jahr den „Verein für mehr Humanität und Frieden“ zu unterstützen. Dieser Verein arbeitet aktuell mit dem „Kinderhilfswerk Ukraine“ zusammen. Herr Johann Öfele hat schon mehrere Fahrten ins Grenzgebiet zwischen Polen und der Ukraine durchgeführt, Hilfsgüter hingebbracht und bedrängte Familien mit nach Deutschland geholt. Da außer viel Einsatzbereitschaft und Mut auch finanzielle Mittel, z. B. für Treibstoffkosten, nötig sind, war Herr Öfele sehr dankbar für die überreichte Summe von **750 Euro** aus unserer Marktaktion.

Wir danken für die Kuchenspenden, für die Hilfe vor Ort und auch für das Überlassen des Marktstandes durch die Gemeinde. Danke sagen wir vor allem auch den vielen Gästen an unserem Stand und

für die zahlreichen großzügigen Geldspenden. Wir denken, damit zum Gelingen des Einsatzes von Familie Öfele und ihrer engagierten Mitstreiter beitragen zu können.



SPD-Marktstand vor dem „Alten Rathaus“. Foto: W. Mähler



Enorme Preissteigerungen

Laut Statistischem Bundesamt sind die Erzeugerpreise für gewerbliche Produkte im vergangenen Jahr um 24,2% gestiegen. Hauptursache für diesen bisher höchsten Anstieg war die Preisentwicklung bei Energie. Auch bei den Kosten für konventionelle Wohngebäude gab es 2021 mit 14,4% die größte jährliche Preissteigerung seit 1970.



Starke Abhängigkeit von russischen Energielieferungen

Deutschland ist leider stark auf Erdgas- und Ölimporte aus Russland angewiesen. Jetzt rächt es sich, dass bei uns in den vergangenen Jahren der Ausbau von erneuerbaren Energien (wie Windkraft und Sonnenenergie) nicht konsequent genug betrieben wurde. Bekanntlich haben dabei die Unionsparteien CDU und CSU, insbesondere CDU-Wirtschaftsminister Altmaier, aber auch die FDP stets gebremst. Die CSU hat durch entsprechende Vorschriften sogar den möglichen Ausbau der Windkraft in Bayern regelrecht torpediert, und selbst die grün-schwarze Landesregierung von Baden-Württemberg hat für erneuerbare Energien nur wenig getan.

Überzogene Vergütungen

Der Vorstandschef der Göppinger Softwarefirma „Teamviewer“, Oliver Steil, erhielt 2021 eine Vergütung in Höhe von 22,1 Mio. €. (Das sind monatlich gut 1,84 Mio. € oder täglich über 60.000 €). Der Finanzchef Gaiser dieser Firma kam immerhin noch auf 11,2 Mio. €. Im Jahr zuvor waren diese Gehälter sogar noch deutlich höher!

Wenn für solch extrem hohe Jahreseinkommen ein höherer Spitzensteuersatz gelten würde, hätte zumindest die Allgemeinheit auch etwas davon – und den Betroffenen würde es trotzdem bestimmt an nichts fehlen.



Erschreckender Rückgang

Die Anzahl von Insekten aller Art hat bei uns in Deutschland in den letzten Jahren gewaltig abgenommen. Laut dem Naturschutzbund NABU ist das leider auch bei etlichen Agrarvogelarten der Fall. So betrug der Rückgang von 1980 bis 2021 bei:

- > Feldlerchen 55%
- > Braunkelchen 57%
- > Turteltauben 89%
- > Rebhühnern 91%
- > Kiebitzen 93%

Wie groß ist eine Billion?

In den Medien wird berichtet, dass die Verschuldung der öffentlichen Haushalte in Deutschland inzwischen deutlich mehr als zwei Billionen Euro beträgt und dass die Staatsschulden der USA schon bei mehr als 28 Billionen Dollar liegen. Doch wer kann sich schon vorstellen, was solch große Zahlen bedeuten?

Liebe Blättleserinnen und –Leser, raten oder schätzen Sie doch mal, wie lange eine Billion Sekunden sind. Sind es Wochen, Monate oder Jahre? (1 Stunde hat 3.600 Sekunden und ein Tag 86.400 Sekunden). Natürlich können Sie es auch ausrechnen. Die Auflösung erfahren Sie von mir im nächsten „andre blättle“.

Willi Häfele

